

// Im Blickpunkt

Zum Ende der Legislaturperiode hat der Gesetzgeber schließlich doch noch Gesetze auf den Weg gebracht, die zum Teil zuvor lange diskutiert wurden. Neben den unten auf dieser Seite aufgeführten Gesetzesnovellen ist am 4.8.2009 das Gesetz gegen unerlaubte Werbung in Kraft getreten. Das Gesetz verbietet Werbeanrufe bei Verbrauchern, wenn diese nicht vorher ausdrücklich ihre Einwilligung erklärt haben. Verbraucherschützer raten denjenigen, die Verstöße melden und ahnden lassen wollen, sich an die Bundesnetzagentur zu wenden. Mittels eines Formblatts unter „bundesnetzagentur.de“ ist das schnell und einfach online möglich. Ob die Änderungen im TKG und UWG das Aus für das Telefonmarketing gegenüber Verbrauchern bedeutet, erörtert *von Wallenberg*. Zum 1.9.2009 bzw. 1.4.2010 wird ferner das novellierte Bundesdatenschutzgesetz in Kraft treten, das Gegenstand des Editorials von *Moos* und des Beitrags von *Plath/Frey* ist.

Dr. Martina Koster, Ressortleiterin Wirtschaftsrecht



// Standpunkt



von **Dr. Nils Krause**, LL.M.
(Durham), RA, FAHanGesR,
Solicitor, Hamburg

Compliance in der Finanzbranche unzureichend

Eine aktuelle Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte (vgl. dazu auch S. 1797) hat ergeben, dass noch nicht einmal die Hälfte der in der Finanzbranche tätigen Unternehmen weltweit über ein adäquates System zum Schutz vor Geldwäsche verfügen. Darüber hinaus wissen ca. 16 Prozent der befragten Führungskräfte nicht, wer die oberste Verantwortung für das Compliance-Programm im Unternehmen trägt.

Lückenhafte Compliance-Systeme sind insbesondere auf die steigende Zahl und Komplexität der entsprechenden Gesetze zurückzuführen. Auch wenn die Studie speziell auf den Schutz vor Geldwäsche abzielt, zeigt sie jedoch auf, dass viele Unternehmen über kein adäquates Risikomanagementsystem verfügen. Mag der Aufbau und die Unterhaltung von Compliance-Programmen auf den ersten Blick teuer und zeitintensiv wirken, so sind sie notwendige Bestandteile zur Haftungsvermeidung im Unternehmen. In diesem Zusammenhang sollten Vorstände und Geschäftsführer nicht vergessen, dass ein Haftungsfall im Unternehmen auch schnell zu einem persönlichen Schadensersatzanspruch gegen Organmitglieder führen kann. „If you think compliance is expensive – try non-compliance“, wie der US-amerikanische Staatsanwalt *McNulty* sagt.

Entscheidungen**BGH: Nutzungsbefugnis – Sorgfältige Prüfung bei Download-Produkten**

Mit Urteil vom 20.5.2009 – I ZR 239/06 – hat der BGH entschieden: Wer ein fremdes, urheberrechtlich geschütztes Computerprogramm zum Herunterladen ins Internet einstellt, dürfe sich nicht darauf verlassen, dass es sich dabei mangels entgegenstehender Anhaltspunkte um ein Programm handelt, mit dessen öffentlicher Zugänglichmachung der Berechtigte einverstanden ist. Vielmehr müsse zuvor sorgfältig geprüft werden, ob der Berechtigte das Programm zur öffentlichen Zugänglichmachung freigegeben hat. Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-1761-1 unter www.betriebs-berater.de

OLG München: Berufung von nicht vorgeschlagenen Personen in den Aufsichtsrat

Das OLG München hat mit Beschluss vom 2.7.2009 – 31 Wx 24/09 – entschieden: Soweit Aufsichtsratsposten wegen Streitigkeiten zwischen jeweils über eine Sperrminorität verfügenden Aktionären unbesetzt bleiben, könne ein Gericht eine außenstehende, von niemandem vorgeschlagene Person in den Aufsichtsrat bestellen. Volltext des Beschl.: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-1761-2 unter www.betriebs-berater.de

BGH: Eigenbedarfskündigung einer BGB-Gesellschaft

Der achte Senat des BGH hat mit Urteil vom 16.7.2009 – VIII ZR 231/08 – entschieden: Die Kündigung eines Mietverhältnisses seitens einer BGB-Gesellschaft wegen Eigenbedarfs ihrer Gesellschafter scheitere nicht daran, dass die BGB-Gesellschaft mit dem Ziel errichtet wurde, Mietwohnraum in Wohnungseigentum der Gesellschaft umzuwandeln.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-1761-3 unter www.betriebs-berater.de

Gesetzgebung**BMJ: Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung in Kraft**

Das Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung ist am 5.8.2009 in Kraft getreten. Die Neuregelung soll bei der Managervergütung langfristige Verhaltensanreize setzen und dafür sorgen, dass die Vorstandsvergütung mit Augenmaß erfolgt sowie im Falle der Verschlechterung der Lage des Unternehmens gekürzt werden kann.

(PM BMJ vom 3.8.2009)

BMJ: Regelungen zum Anlegerschutz in Kraft

Am 5.8.2009 sind die Regelungen zum Anlegerschutz in Kraft getreten. Ansprüche wegen Falschberatung, die ab diesem Zeitpunkt entstehen, unterliegen nunmehr längeren Verjährungsfristen. Zudem werden die Banken künftig verpflichtet, den Inhalt jeder Anlageberatung zu protokollieren und hiervon dem Kunden eine Ausfertigung zu überlassen. Hierdurch soll die Qualität der Beratung erhöht werden. In einem etwaigen Prozess soll sich der Kunde auf das Beratungsprotokoll berufen können. Allerdings gelten die neuen Dokumentationspflichten erst ab dem 1.1.2010.

(PM BMJ vom 5.8.2009)

BMJ: Gesetz über Internetversteigerungen in der Zwangsvollstreckung in Kraft

Am 5.8.2009 ist das Gesetz über Internetversteigerungen in der Zwangsvollstreckung in Kraft getreten. Bisher war die Versteigerung von beweglichen Sachen in der ZPO als Präsenzversteigerung vor Ort durch den Gerichtsvollzieher vorgesehen. Nunmehr müssen die Bundesländer die Einzelheiten der Internetversteigerung, wie etwa Versteigerungsplattform, Beginn, Ende und Ablauf der Auktion sowie die Voraussetzungen für die Teilnahme an der Versteigerung durch Rechtsverordnung regeln.

(PM BMJ vom 3.8.2009)